

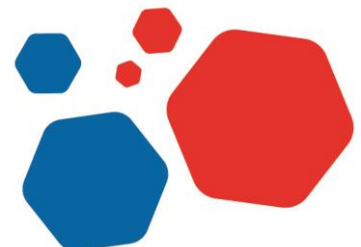
Nichtraucherschutz für Kinder – Unsere Forderungen

Gemäß UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder sowohl das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit (Artikel 24) als auch das Recht auf Schutz vor Suchtstoffen (Artikel 33). Diese Rechte sind beim Nichtraucherschutz in Deutschland allerdings an vielen Stellen nur unzureichend umgesetzt.

Rauchen hat bereits während der Schwangerschaft und auch nach der Geburt schwere gesundheitliche Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung insbesondere von Säuglingen und Kindern. Das gilt auch für das Passivrauchen. Dieses schädigt im Speziellen Babys und Kleinkinder massiv, da sie eine höhere Atemfrequenz haben und ihr Entgiftungssystem weniger effizient ist als das von Erwachsenen. Dementsprechend haben tabakrauchbelastete Kleinkinder ein deutlich erhöhtes Risiko an Infektionen der unteren Atemwege und an Asthma, Bronchitis oder Lungenentzündung zu erkranken. Daneben kann Passivrauchen bei Kleinkindern zu Mittelohrentzündungen führen, ihr Geruchssinn leidet, Herz und Kreislauf sind weniger leistungsfähig. Und auch das Risiko für einen plötzlichen Kindstod steigt.

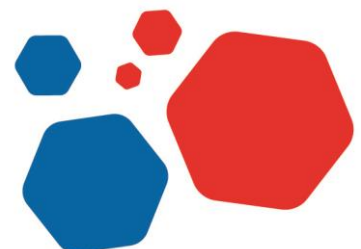
Das Einstiegsalter beim Rauchen in Deutschland liegt aktuell bei 16 Jahren. Dieser frühe Beginn hat langfristige Auswirkungen. Denn je jünger eine Person beim Raucheinstieg ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit dafür, dauerhaft abhängig zu werden und somit unter den damit einhergehenden gesundheitlichen Folgen zu leiden. Viele Jugendliche fühlen sich insbesondere von Wasserpfeifentabak und E-Zigaretten angesprochen, die ebenfalls ein erhebliches Gesundheitsrisiko mit sich führen. Dabei werden Jugendliche von mehreren Seiten zum Rauchen verleitet: zum einen durch das Rauchverhalten des sozialen Umfelds und zum anderen durch ein positives Image des Rauchens. Hierzu trägt neben Promotion und Sponsoring die Möglichkeit bei, direkt am Verkaufsort, etwa der Supermarktkasse, für Zigaretten u. ä. Produkte zu werben. Zunehmend verbreiten Tabakunternehmen ihre Marketing-Botschaften auch gezielt über Influencer*innen in den Sozialen Medien.

In sozioökonomisch benachteiligten Gruppen ist der Anteil an erwachsenen und jugendlichen Rauchenden höher. Kinder aus diesen Familien leben häufiger in Rauchendenhaushalten und sind den Folgen von (passivem) Tabakkonsum öfter ausgesetzt – ein Umstand, den auch der Ausschuss für die Rechte des Kindes in seinen [Abschließenden Bemerkungen zum 5. und 6. Staatenbericht](#) kritisiert. (Passiv)Rauchen verschärft dadurch die gesundheitliche Ungleichheit zwischen sozial besser gestellten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen zusätzlich.



Nichtraucherschutz – Unsere Forderungen im Einzelnen

- **Kindeswohlvorrang beachten:** Bei allen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen bezüglich Tabakprodukten und verwandten Erzeugnissen muss geprüft werden, ob und wie das Wohl von Kindern betroffen ist – im Speziellen mit Blick auf ihre Gesundheit – und wie ihre Interessen bestmöglich beachtet werden können. Daraus folgt, dass die Maßnahmen, die Kinder am besten vor Passivrauch schützen und sie vom Raucheinstieg abhalten, zuvorderst und am konsequentesten eingeführt werden sollten.
- **Tabakfreie Lebenswelt:** Rauchen ist für viele Kinder im Alltag präsent. Aus diesem Grund braucht es ein absolutes Verbot für alle Formen der expliziten und impliziten Tabakwerbung in Promotion und Sponsoring sowie am Verkaufsort. Rauchen sollte in Deutschland grundsätzlich an allen Orten verboten sein, an denen sich Kinder regelmäßig aufhalten, und auch dort, wo sie dem Passivrauchen nicht ausweichen können, wie beispielsweise an Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs. Bisher setzen lediglich Hamburg und Brandenburg Rauchverbote in Schule, Kita, Kindertagespflege und auf Kinderspielflächen ohne Ausnahmen um. Zusätzlich müssten Freizeitparks und sämtliche Sportstätten in den Blick genommen und Rauchen auch an diesen Orten unterbunden werden. Daneben gilt es, die Verkaufsstellen zu reduzieren, da die nahezu allgegenwärtige Verfügbarkeit zum Rauchen verleitet. Demnach gehört der Verkauf in Geschäften des täglichen Lebens, am Automaten oder online verboten. Lediglich lizenzierte Fachgeschäfte sollten Tabakprodukte und verwandte Erzeugnisse vertreiben dürfen.
- **Rauchen in Autos:** Die Giftstoffbelastung durch Raucherinnen und Raucher ist für passiv rauchende Kinder und Jugendliche im Auto besonders hoch. Daher müssen die gesetzlichen Bestimmungen dringend erweitert und ein Rauchverbot in Autos in der Anwesenheit von Minderjährigen und Schwangeren eingeführt werden.
- **Höhere Besteuerung:** Der wirksamste Hebel, um Rauchende zum Aufhören zu bewegen und zu verhindern, dass (junge) Menschen überhaupt damit beginnen, ist eine höhere Tabakbesteuerung. Deshalb sollten die Steuern auf Zigaretten wie auf verwandte und neuartige Produkte wie Wasserpfeifen- und Pfeifentabak bzw. Tabakerhitzer oder E-Zigaretten kontinuierlich erhöht werden. Um eine gesundheitspolitische Wirksamkeit zu entfalten, sind Expert*innen zufolge deutliche Steuererhöhungen nötig. Ein gewisser Anteil der eingenommenen Steuermittel sollte in für die Teilnehmenden kostenfreie Präventionsprogramme fließen sowie in Ausstiegsprogramme, die sich im Speziellen an Jugendliche und Schwangere bzw. werdende Eltern richten.



- **Jugendschutz:** Jugendschutzmaßnahmen sind streng zu kontrollieren und Verstöße konsequent zu ahnden. Tabakprodukte sowie verwandte und neuartige Produkte wie Wasserpfeifen- und Pfeifentabak bzw. Tabakerhitzer oder E-Zigaretten müssen für Jugendliche möglichst unzugänglich sein.
- **Prävention:** Partizipative Lebenskompetenz- und Präventionsprogramme in kinder- und jugendgerechter Sprache sollten im Lebensumfeld von Jugendlichen umgesetzt werden. Auch Lehr- und Bildungspläne sind diesbezüglich in den Blick zu nehmen. Des Weiteren sollten zielgruppengerechte, cross- und massenmediale Kampagnen über die Gefahren des Rauchens aufklären. Ein Fokus müsste sich hierbei auf sozioökonomisch benachteiligte Familien, Schwangere und Kinder richten, wobei Einrichtungen in ihrem Lebensumfeld die nötigen Zugänge öffnen könnten, z.B. Jugendhäuser, Sportvereine oder die kinder- bzw. frauenärztliche Beratung. Mit gezielten Maßnahmen sollte ferner die oftmals positive Darstellung des Rauchens etwa in den (Sozialen) Medien reduziert werden.

Die Folgen unserer Forderungen

Beachtung des Kindeswohlvorrangs in der Nichtraucherpolitik hätte zur Folge, dass die oben genannten Forderungen zügig und umfassend umgesetzt werden. In der skizzierten tabakfreien Lebenswelt wären Kinder und Jugendliche weder den an sie gerichteten Werbebotschaften der Tabakindustrie ausgesetzt noch würden sie durch die leichte Verfügbarkeit zum Konsum verleitet. Mit Kampagnen sowie Lebenskompetenz- und Präventionsprogrammen würden Kinder und Jugendliche zudem darin gefördert, die positive Darstellung von Tabakkonsum in Sozialen Medien bzw. in Filmen kritisch zu reflektieren und einzuordnen. Rauchen verlöre das oftmals unter jungen Menschen noch verbreitete „coole“ Image.

Eine konsequente Umsetzung des Jugendschutzes sowie eine deutlich höhere Besteuerung würde es für junge Menschen schwieriger machen, sich Zigaretten, E-Zigaretten oder Wasserpfeifentabak zu beschaffen.

Eine Folge der oben genannten Maßnahmen wäre darüber hinaus, dass Kinder und Jugendliche umfassender vor Passivrauch geschützt wären. Dabei dürfte sich insbesondere das Verbot des Rauchens im Beisein von Minderjährigen im Auto positiv auswirken, da die gesundheitsschädliche Belastung durch Passivrauch hier sehr hoch ist.

Insgesamt würden dabei nicht zuletzt Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien profitieren. Die zielgruppengerichteten Kampagnen und die Ansprache durch Multiplikator*innen in Kombination etwa mit weniger Werbung und einer geringeren Verfügbarkeit würden das Rauchen für ihre Bezugspersonen und die Jugendlichen wesentlich unattraktiver machen.

